

Suhrkamp Verlag

Leseprobe



Augstein, Rudolf
Meinungen zu Deutschland

© Suhrkamp Verlag
edition suhrkamp 214
978-3-518-10214-5

edition suhrkamp

Rudolf Augstein, geboren am 5. November 1923 in Hannover, ist Herausgeber des Hamburger Nachrichtenmagazins *Der Spiegel*, das im Jahre 1947 gegründet wurde. Publikationen: *Deutschland, ein Rheinbund 1953* (unter dem Pseudonym Jens Daniel); *Spiegelungen 1964*.

Erich Kuby hat von Augstein gesagt, er sei »ein Mann von äußerster Sensibilität, erfüllt von Trauer und Pessimismus«. Zur Fröhlichkeit besteht freilich kaum Anlaß, wenn das Thema Deutschland heißt, deutsche Politik hüben und drüben. Unser Band versammelt Kommentare, Vorträge und Leitartikel von Augstein aus den letzten Jahren: lauter Versuche, für eine Politik der Vernunft zu werben in einem Staat, der Politik und Vernunft nötig hat.

Rudolf Augstein
Meinungen zu Deutschland

Suhrkamp Verlag

2. Auflage 2015

Erste Auflage 1967
edition suhrkamp 214

© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1967

Suhrkamp Taschenbuch Verlag

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Printed in Germany

Umschlag gestaltet nach einem Konzept
von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

ISBN 978-3-518-10214-5

Inhalt

- 7 Vorwort
- 13 Wege zu einer neuen Politik
- 28 Kommunisten und andere Deutsche
- 31 17. Juni – Kapitulation, Aufstand oder was sonst?
- 56 Ist die SPD (noch) zu retten?
- 77 Wäre Barzel denn richtig?
- 82 Einheit, Einheit über alles
- 86 Notstand – das Ende aller Sicherheit?
- 123 Ulbricht und der Stimmzettel
- 130 Von Dortmund nach Chemnitz
- 134 Lex Springer
- 144 Die fehlkonzipierte Armee
- 146 Der Überminister
- 149 Obstruktion bis zur Erschöpfung
- 154 Stunde der Wahrheit – kaum
- 157 A propos Kiesinger
- 160 Die Deppen der Welt
- 164 Sieben Jahre Clinch?
- 168 Quirum, quarum, quorum
- 172 Was sie könnten, was sie müßten
- 180 Lübkes Eigenmacht
- 183 Der flüsternde Riese
- 186 Das Schanddiktat
- 189 FDP ade?
- 193 Nachweis

Vorwort

Bewirkt der politische Schreiber je etwas in der Gesellschaft, verändert er die politischen Zustände, bewegt er die Geister und die Gemüter so, daß Handlung geschieht, die sonst nicht geschehen wäre?

Ich habe mich zuweilen gefragt, ob wohl die Geschichte der Revolutionen und der Demokratie auch nur um eine Winzigkeit anders verlaufen wäre, wenn es Jean-Jacques Rousseau nicht gegeben hätte. Dennoch, von wem könnte man mit mehr Recht sagen, er habe seine und die heraufkommende Zeit beeinflußt wie kein anderer?

Oder Karl Marx. Er hat den gegen die Vorherrschaft des europäischen Eigentums-Bürgers gerichteten Aktivitäten ein theoretisches System gegeben. Aber hätte sich die deutsche Arbeiterbewegung ohne Marx und Engels grundlegend anders und mit anderem Ergebnis organisiert? Hätte Lenin, der Marx und Engels wie Kirchenväter auslegt, ohne diese beiden seine Revolution nicht zustande gebracht, von Mao Tsetung und Ho Tschi-minh gar nicht erst zu reden? Und doch hat kein zweiter Literat die Geister so mächtig revolutioniert wie der Anwaltssohn aus Trier, der mehr und weniger war als ein Philosoph.

Hitler, der die Gaskammern schuf, Wilhelm, der sich in den Krieg hineinredete, konnten sie so handeln, weil ein oder zwei oder drei machtvolle Schreiber das Falsche zu Papier gebracht oder das Rechte verschwiegen hatten? Wäre auch nur ein Stäubchen anders gefallen, wenn Fichte, Hegel, Nietzsche, Treitschke, Lagarde, Stoecker, einer von ihnen oder alle, nie gelebt hätten?

Martin Luther sogar, der gewaltigste Schreiber der Deutschen, hat er die europäische Geschichte des 16. und 17. Jahrhunderts mehr als oberflächlich gekräuselt? Hätte es ohne ihn keine Reformation gegeben, oder eine in den politischen Auswirkungen andere Reformation, ohne ihn nicht Zwingli, Calvin und Bucer, nicht die Gegenreformation und keinen Dreißigjährigen Krieg?

Da es doch unstreitig Täter gibt, ohne die die Geschichte anders verlaufen wäre – Zar Peter, Napoleon, Bismarck, Lenin, Hitler, mit einem schmähsigen Fragezeichen de Gaulle –, gibt es auch Schreiber, die Geschichte beeinflußt, und das heißt gemacht, haben?

Mir scheint, nein. Der Schreiber oder Redner organisiert nichts, es sei denn, er organisiert, und dann ist er vor allem Täter, wie Clemenceau, ist Politiker, wie Gentz. Der Konsul Cicero konnte gegen Catilina etwas ausrichten, der Rhetor Cicero nichts gegen Cäsar und dessen Freundespack.

Philosophie, sagt Hegel, einer der wirkungsvollsten, einer der »politischsten« Philosophen und Schreiber, Philosophie ist »ihre Zeit in Gedanken gefaßt«. Der Täter handelt nicht notwendig nach Plan oder Konzept, kaum je nach einer Philosophie. Nicht notwendig setzt er in Taten um, was um ihn herum gedacht wird. Der politische Schreiber aber bündelt und sondert aus, er faßt in Gedanken neu, was er vorfindet; er zerlegt im Spektrum, was andere für unteilbare Wahrheit hielten; die herrschende Strömung lenkt er, sie derart verstärkend, auf einen Punkt, dann ist er Propagandist; oder er zerteilt sie, hartnäckig ihre Wucht durch tausend Liliput-Wehren hemmend, dann ist er Kritiker. Fast nie steht er ganz allein, und nie bietet er der Strömung Halt. Daß sie ihren Lauf oder ihre Intensität ändern würde, hat er weniger bewirkt als vorhergesehen und durch Vorhersicht befördert.

Freilich, seine Ohnmacht teilt der Schreiber mit vielen, die sich für Täter und demnach für mächtig halten. Die von den Politikern gewirkten Organisationen gleichen, je egalitäter die Zivilisation sich ausrichtet, immer unentstrinbarer großen Treibesformationen. Sie auch nur graduell zu lenken, scheint kaum noch möglich, die manchmal beträchtliche Kunst des Führenden zielt dahin, niemanden merken zu lassen, daß er sich nur mit äußerster Anstrengung auf der Scholle hält. Die Richtung, die zu weisen er vorgibt, sucht er aus Auguren-Signalen selbst zu erraten. Dem Zeitgeist sieht er sich ausgeliefert, dessen Natur er so gründlich verkennt, daß er ihn bei den Schreibern, den Zeitgeist-Formulierern und -Verstärkern in Erbpacht wähnt.

Dem Zeitgeist sind alle ausgeliefert, alle werden von ihm erfaßt. Aber es wirken an ihm zu viele an verschiedenem Ort zu verschiedener Zeit Verschiedenes, als daß einige wenige beherrschend und verbindlich zur Geltung kommen könnten. Wie Rousseau nicht das 18. Jahrhundert dominiert, so Freud nicht das zwanzigste. Schiller und Fichte, die den Zeitgeist zu einem bestimmten Zeitpunkt für ein bestimmtes Gebiet am mächtigsten formulierten, haben dennoch kaum mehr bewirkt, als den Schulbüchern und Denkschulen Futter zu liefern, ebenso Clausewitz und der Atom-Clausewitz Hermann Kahn. Kant ist gesellschaftlich und politisch ohne jede Wirkung geblieben, ganz sicher wirkungsloser als John Maynard Keynes.

Ganze Kontinente des geistigen Austauschs und der geistigen Selbstbefriedigung bleiben außerhalb des politischen Prozesses oder finden nur mittelbar, eben über den Zeitgeist, ihre Widerspiegelung. Der Kennedy der Kuba-Krise hatte nicht Hermann Kahn, sondern die Geschichtsfeuilletonistin Barbara Tuchmann gelesen.

Sartre, Camus, Heidegger und Teilhard de Chardin verändern die politisch relevante Gesellschaft weniger als die Beatles oder der Minirock der Mary Quant. Der ur-ehrwürdige Rationalist Bertrand Russell hat für die englische Gesellschaft nicht soviel erreicht wie sein Beinahe-Zeitgenosse Oscar Wilde, der die Zeitungsleser nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus by chance darauf hinweisen konnte, daß zehnjährige Kinder in Englands Gefängnissen einsaßen.

Aus dem Zeitgeist unmittelbar fließt keine politische Gestaltung, er umschließt letztlich nicht mehr als die Fülle der gesellschaftlichen und damit auch der politischen Möglichkeiten. Wo der Zeitgeist gebieterisch wird, vertritt er materielle Interessen entweder einer Elite oder einer Masse.

Daß die Todesstrafe so gut wie abgeschafft wurde, verdankt England nicht Arthur Koestler, nicht ihm allein. Aber vielleicht hat er die Tendenzen zur Abschaffung der Todesstrafe so wirksam gebündelt, daß ihm das Verdienst zukommt, ein oder zwei Jahre vorverlegt zu haben, was ohnehin geschehen wäre – für einen politischen Schreiber ein zählbarer Erfolg.

Humanitäre Fortschritte gelingen ihm und seinesgleichen noch am ehesten, ebenso die Abschaffung »schreiender« Ungleichheit oder Ungerechtigkeit. Die Gesellschaft schreit stimmlos. Er ist die Stimme.

Was die Brüder Schlegel in Denkschriften hinsichtlich des nachnapoleonischen Europa entwarfen, der eine für das protestantische Schweden, der andere für das katholische Österreich, hat nichts gefruchtet. Wohl aber hat Friedrich Schlegel durch penetrante Zeitungsartikel nennenswert geholfen, daß den deutschen Juden nicht alle Gleichberechtigung, die ihnen während der Revolutionskriege zugefallen war, wieder enteignet wurde. Am wirksamsten tritt der Schreiber ins Licht, wenn er eine moralische Frage aufwirft, sich mit ihr identifiziert, über der die Gefühle der Nation oder einer fühl samen Gemeinschaft sich in zwei Lager scheiden, hie Welf, hie Waibling: Zola im Fall des böswillig verurteilten Dreyfus.

Angestellte Propagandisten, in Dienst genommen von Metternich, Friedrich Wilhelm IV., Bismarck oder Goebbels, sind austauschbar, das versteht sich, und haben bei allem Glanz der Phantasie und des Stils einen denkbar geringen politischen Stellenwert. »Der Journalismus als Hilfsmittel der staatsmännischen Kunst«, wie der Ritter von Srbik ihn beschreibt, mag dem Auftraggeber Nutzen stiften oder auch nicht, jedenfalls hat er die Welt weder konserviert noch verändert.

Am Zeitgeist wirken alle, und alle werden von ihm gewirkt, aber mit seltsamen Gegenläufigkeiten und Verspätungen. Deutsche Politik mündet erst heute, in diesen Tagen, zusehends, wenn auch immer noch halb unbewußt und halb unwillig, in die Hauptströme internationaler Tendenzen.

Sucht man sich vorzustellen, welche einzelne Person, ohne oder mit Organisation, welcher einzelne Politiker oder Schreiber den Verfall der ersten deutschen Republik hätte verhindern sollen, so stimmt das Ergebnis mutlos. Lebt eine politische Gemeinschaft in unüberbrückbarem Widerspruch zu sich selbst, so gibt es keine »vernünftige«, sowohl real durchsetzbare wie den Extremen abgekehrte Position. Die mittlere Linie, unter solchem Unheilstern, ist dann immer schon Verrat.

Auf die deutschen Verfassungen, sieht man von austro-marxistischen Gewächsen ab, hatten politische Schreiber von je wenig Einfluß. Bismarck trug dem Zeitgeist soviel Rechnung, wie eben nötig war, die Liberalen zu gewinnen und die Süddeutschen zu beschwichtigen. Eines Jefferson, eines John Locke, eines Benjamin Constant, eines Thiers bedurfte er so wenig wie der General de Gaulle.

Hugo Preuss, der Rechtsgelehrte, und nicht Max Weber, und nicht Maximilian Harden, pinselte die gar nicht so üble Verfassung, die in Weimar ratifiziert wurde.

Kein sozialkritischer Schreiber mit Scharfsinn, kein Kautsky und kein Bernstein, entwarf die Grundlagen der Republik vor Hitler, auf deren Kommen sich niemand so wenig vorbereitet hatte wie eben jene Sozialdemokraten, denen sie in den sterilen Schoß fiel. Und am Grundgesetz, dieser soliden Kutsche, hat, man staune, der frühere Redakteur Theodor Heuss, hat auch der sonore Carlo Schmid mitgearbeitet. Beide keine Wortführer unterm Wind.

Aber die politischen Schreiber des Vor-Hitler-Reichs, die Heinrich Mann, Ossietzky, Schwarzschild, Theodor Wolff, durften sich ihre Ohnmacht nicht eingestehen (ähnlich ihren unbedeutenderen Nachfahren heute). Auch der geringste politische Schreiber (sofern es ihm noch nicht gelungen ist, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung die höheren Weihen der Sterilien zu empfangen) lebt davon, daß er eine mit seiner Hilfe, vielleicht nur durch ihn zu bewirkende Besserung der Verhältnisse für möglich hält. Sein Verstand sagt ihm tausendmal, daß der einzelne bedeutungslos, weil unorganisiert ist, und daß er in der Organisation seine letzte minimale Wichtigkeit einbüßen würde. Sein Verstand sagt ihm, daß der Gang der Geschichte determiniert ist, wie seine eigene Willensentscheidung gebunden.

Unbelehrbar jedoch beharrt die Vernunft auf ihrem Königsrecht, nicht für wahr zu halten, was sie doch weiß, sondern so zu handeln, als sei des einzelnen Wille frei zu einer Entscheidung, die im Verein mit dem freien Willen anderer den fixierten Lauf der Dinge durchbrechen und das verkrustete Gebäude der Gewohnheiten aufstoßen könnte.

Sollte diese unvernünftige Vernunft uns abhanden kommen,

könnte ich jedenfalls dem Journalismus keinen Reiz mehr abgewinnen, nicht der politischen Philosophie noch auch der Politik. Sicher aber, daß alles festliegt und nichts zu ändern ist, können wir auch nicht sein. Es gibt in der Geschichte soviel unerwartet günstige wie erwartet ungünstige Entwicklungen. Sich zu entscheiden, ist das Berufsrisiko des Menschen.

März 1967

Wege zu einer neuen Politik

Forscht man nach den tieferen Gemeinsamkeiten, die seit 1945 unter der Oberfläche offenkundig auseinanderstrebender Interessen für die Behandlung Deutschlands konstituierend waren, so schält sich als allen Siegern gemeinsam die Absicht heraus, Deutschland solle nicht länger mehr in der Lage sein, als nationales Reich Dynamik gegen seine Nachbarn zu entbinden, sei es aufgrund ethnischer Ansprüche (in Polen und den Sudeten), sei es aufgrund geographischer Kalamitäten (Landkorridor nach Ostpreußen).

Daß deutsches Staatsgebiet sich nicht über die Oder-Neiße hinaus und nicht nach Böhmen hinein erstrecken werde, wurde von allen Siegern de facto anerkannt, obwohl der technische Rechtsvorbehalt, die Grenzen erst in einem Friedensvertrag festzulegen, in der Zwischenzeit von den Angelsachsen aus taktischen Gründen aufrechterhalten wurde. Ebenso wurden die Grenzen Rußlands und der osteuropäischen Staaten untereinander seit Potsdam allgemein als verbindlich angesehen.

Einig waren sich die vier Mächte weiter, daß die zwischen ihnen nicht zuletzt über Deutschland anhebende Uneinigkeit sich unmittelbar auf die Behandlung Deutschlands auswirken müsse (das Potsdamer Abkommen sah nur die wirtschaftliche, nicht die politische Einheit der Zonen vor). West und Ost fackelten nicht, den jeweils besetzten Teil Deutschlands ihren militärischen, wirtschaftlichen und sozialen Systemen zu integrieren. Sie stimmten überein, daß Deutschland nicht die unbeschränkte Selbstbestimmung eines souveränen Staats gewährt werden könne.

Rußland stellte die Wiedervereinigung für den Fall in Aussicht, daß der Gesamtstaat an der Oder-Neiße zu Ende sei und zu bewaffneter Neutralität – »Land-, Luft- und Seestreitkräfte, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind« – verpflichtet werde. Der Westen bestand auf Angliederung der sowjetisch besetzten Zone und auf Eingliederung des Gesamtstaats in das westliche System. Einen deutschen Staat, der souverän sein solle, sich seinen Standort selbst, innerhalb

definierter Grenzen, zu bestimmen und sich gegen Angriffe von außen mit allen ihm erschwinglichen Mitteln zu wappnen, hat bis heute kein Siegerstaat vorgeschlagen. Deutschland »nie mehr sich selbst zu überlassen«, diese Formel des französischen Sozialisten Guy Mollet bezeichnete die durchgreifende Absicht aller Kriegsgegner.

Ost und West fanden sich weiter in ihrer Ansicht, Deutschland respektive seine Teile könnten nur in supra-nationalen Ordnungen Stabilität gewinnen. Eine vergleichsweise unbedeutende Angelegenheit wie die Saar-Frage hätte von einer nicht auf supra-nationale Ziele verpflichteten Bundesrepublik möglicherweise nicht geregelt werden können. Und auch nach dem Konzept des Nationalisten de Gaulle soll die Bundesrepublik nicht über atomare Waffen, Kennzeichen und Essenz der Souveränität verfügen.

Andererseits fällt der DDR auch in dem pragmatischen Konzept der Westmächte einstweilen noch die Aufgabe zu, die Bundesrepublik räumlich von den an Polen verlorenen Gebieten getrennt zu halten. Ein vereintes Deutschland würde durch sein Gewicht nicht nur die im Westen erreichten supra-nationalen Ansätze zerstören (was de Gaulle wohl ohnehin tun will); es würde auch die im Osten elementare Bewegung von kommunistischer Totalität zu einer mehr partnerschaftlichen Interessengemeinschaft gefährden, das »Ost-Europa der Vaterländer«, das sich unter Beben aus dem »Vaterland aller Werktätigen« herausschält.

Ein in Wahlen vereinigtes Deutschland würde das gesamte Nachkriegs-Gleichgewicht in Ost und West aufs Spiel setzen. Die für lange Zeit noch nach Osten drängende deutsche Dynamik (»Grenzen von 1937 mit allen politischen Mitteln«) wird einzig von der DDR gebrochen und geschwächt.

Man muß sich diese Landschaft vor Augen halten, um zu begreifen, warum die nun 15 Jahre währenden Versuche Bonns, nach Westen supra-nationale Perfektion, nach Osten aber den perfekten klassischen Nationalstaat innerhalb der Grenzen von 1937 zu vertreten, nicht nur zum Mißlingen verurteilt waren, sondern, wichtiger, der Überzeugungskraft ermangeln. Deutschlands Stimme hat niemals Glaubwürdigkeit gewonnen, auch wenn sie noch so domptiert ertönen ließ,

was man hören wollte. Sie sprach, je nach Geographie, mit der Zunge West oder mit der Zunge Ost.

Eine Zeitlang, auf dem Gipfel der Wirksamkeit von John Foster Dulles, konnte Bonn sich einbilden, mit seiner speziellen Zielsetzung eingebettet zu sein in allgemeine Bemühungen des Westens. Würde das Satellitengefüge zwischen Elbe und Dnestr durch Druck von Westen auseinanderbrechen, so würde gleichzeitig die DDR in der Bundesrepublik aufgehen. Würde das sowjetische Imperium zusammenfallen, so könnte Polen wieder ostwärts verlagert werden – Churchills Streichholz-Kunststück diesmal in umgekehrter Richtung. Die Idee des Bismarck-Reichs als wirksamste Sprengkraft gegen den kommunistischen Osten – diese Drachensaft wuchs unter den Augen von Adenauer und Dulles, die dem »Bismarck-Deutschen« den Garaus machen wollten. Der ungarische Aufstand von 1956 entschleierete, wie wenig Seriosität in dies windige Gedankengebäude investiert worden war.

Seitdem, trotz mancher Krise von Jahr zu Jahr, hat sich im Westen von Paris bis Washington die Erkenntnis ausgebreitet, daß nicht Druck, sondern nur sanfte wirtschaftliche Lockung die osteuropäischen Regime verführen kann, sich aus der absoluten Botmäßigkeit Moskaus zu lösen.

Mit unterschiedlichem, aber teils sensationellem Erfolg ist das Rezept gegenüber Polen, Ungarn und Rumänien angewandt worden. Daß der Kreml seine papstähnliche Jurisdiktion im Weltkommunismus eingebüßt hat, daß es mehrere Doktrinen und kaum noch eine Heilslehre gibt, verschafft den Halb-Satelliten Gelegenheit, allmählich zu Partnern einer nationalbewußten Sowjet-Union aufzusteigen, die durch das gemeinsame Interesse der kommunistischen Führungsschichten, an der Macht zu bleiben, zusammengehalten werden.

Sogleich zeigt sich ein auch in anderen Bereichen beobbares Phänomen: Um den örtlichen Regierungen mehr Selbständigkeit zu verschaffen, muß man sie als Selbständige ansprechen und behandeln, muß ihnen mehr Selbständigkeitswillen zutrauen, als einstweilen unter Beweis gestellt ist; muß aber andererseits auf ihre lebenswichtigen Bindungen an Moskau Rücksicht nehmen.

Alle diese Regime haben Interesse daran, ihre wirtschaftliche

Misere zu verringern und von der Bevölkerung nicht länger als Marionetten Moskaus angesehen zu werden. Das gilt sogar für die ČSSR und für Bulgarien. Eine auf mehr Abstand von Moskau bedachte Haltung, wie sie am spektakulärsten die Rumänen vertreten haben, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit westlichen Ländern zahlt sich in mehr Popularität aus, wie relativ immer die Popularität der örtlichen Regierung sein mag.

Auf den ersten Augenschein wird klar, wie unpassend der »neue Kurs« die Westdeutschen gegenüber dem Regime Ulbricht bedünnen mag.

Die anderen »Satelliten« haben völkerrechtlich anerkannte Regierungen; Ulbricht aber wird nur von fünfzehn Staaten anerkannt, darunter nur eine westlich-parlamentarische Regierung, die finnische.

Die anderen »Satelliten«-Regierungen repräsentieren geschlossene Volkseinheiten, mit zum Teil ausgeprägtem Nationalgefühl. Ulbricht aber herrscht nur über ein Viertel des deutschen Volkes, die Bevölkerung der DDR kann sich bei aller Anspannung ihres proletarischen Gewissens nicht als Staatsvolk empfinden.

Unablässig stört die Attraktion des westdeutschen Staates die Konsolidierung des kommunistischen deutschen Regimes, das nicht anzuerkennen sich die Verbündeten der Bundesrepublik verpflichtet haben. Warum also nicht abwarten und der DDR weiterhin bestreiten, daß sie ein Staat ist, bis sie vielleicht doch eines Tages zusammenbricht?

Es gibt eine untergründige Antwort: Die DDR wird nicht zusammenbrechen, weil ihr Vorhandensein, ob völkerrechtlich ratifiziert oder nicht, für das innere Gleichgewicht der in Ost und West sich bildenden europäischen Systeme und für das sich entwickelnde äußere Gleichgewicht zwischen den beiden Systemen notwendig ist. Sie existiert nicht ausschließlich kraft russischen Diktats, sondern als Teil des neu sich bildenden europäischen Systems. Ihr Verschwinden zum jetzigen Zeitpunkt würde Probleme aufwerfen, die allen ehemaligen Siegern prekärer erscheinen als jene Probleme, die aus ihrem Vorhandensein resultieren. Sie wird verachtet, aber nicht wirklich weggewünscht.

Daß die deutsche Bevölkerung das SED-Regime wegwünscht, reicht nicht aus. Die Wünsche des deutschen Volkes haben den Nachbarn in den letzten 50 Jahren zu schwere Probleme aufgegeben. Die Bundesrepublik allein, ohne Atomwaffen, kann das Gebiet der DDR nicht »befreien«, die dortige Bevölkerung sich des von russischen Panzern gestützten SED-Regimes nicht aus eigenem entledigen.

Die Bundesrepublik steht aber, was den aktiven Druck gegen die DDR anbelangt, allein. Kennedy sagte zu Adschubej: »Mir ist klar, daß es zwei Deutschland geben wird, solange die Sowjet-Union der Ansicht ist, daß dies in ihrem Interesse liegt.«

Wenn de Gaulle betont, die Desintegration im Ostblock wäre ohne vorherige Desintegration im Nato-Bereich nicht möglich gewesen, so mag man streiten, ob diese These nicht zur Rechtfertigung französischer Eigenmächtigkeiten überanstrengt wird. Aber die Desintegration, die Auflockerung auf beiden Seiten ist da, kann nicht mehr repariert werden. Der Kalte Krieg, der die bis 1947 von beiden Lagern erreichten Positionen zurückdrücken sollte, geht zu Ende, er ist zu Ende.

Beide Lager sind zur Expansion nicht stark und straff genug, die Erkenntnis ist allgemein. Ob der General in Paris den Wechsel als erster gemerkt und honoriert oder ob er ihn mit initiiert hat, mögen die Historiker entscheiden. Seine Politik gegenüber den nichtdeutschen Satelliten unterscheidet sich prinzipiell nicht von der amerikanischen, beide konkurrieren mit den gleichen Mitteln.

Nicht so gegenüber der DDR. Ihre Behandlung wird als eine Domäne der Bundesrepublik betrachtet, von den Franzosen mehr als von den Amerikanern, die in Berlin die Hauptlast tragen.

Die Bundesrepublik selbst und allein muß entscheiden, ob es aussichtsreich und vernünftig ist, Fortschritte in Mitteleuropa, Erleichterungen für die Bevölkerung der DDR davon abhängig zu machen, daß der Zonenstaat nicht »aufgewertet«, nicht als Staat anerkannt, nicht in das System der Annäherungen zwischen Ost und West einbezogen wird.

Mir scheint, Bonns Sperrmauer hat nur Sinn, wenn sie erreichen kann, daß die DDR der Bundesrepublik niemals als

Verhandlungspartner von Regierung zu Regierung gegenüberstehen wird. Werden wir imstande sein, das zu vermeiden?

Die landläufige Theorie, die letzte uns verbliebene, will wissen: Wenn die Sowjets an ihren Ostgrenzen in örtliche Konflikte mit China geraten, wenn *ihre* Drohung aus dem Osten gegenständliche Formen annimmt, werden sie an ihren Westgrenzen Ruhe suchen und die Freundschaft eines durch Vereinigung befriedeten Deutschland schätzen lernen.

Wirklich weiß niemand ganz genau, was die Sowjets unter Umständen, die noch niemand kennt, tun werden. Aber sieht man von dieser Spekulation ab, daß sie wie ein Deus ex machina aus der Bonner Sackgasse herausführen soll, dann behält sie wenig Überzeugungsmacht, jedenfalls bei näherem Zusehen nicht genug, um eine nach Vernunftgründen wägen-de Politik zu rechtfertigen.

Bonn kann mit einer wegen der Chinesen besorgten Sowjet-Union nicht eines von mehreren Geschäften anstreben, sondern nur ein Geschäft: Die örtlichen Kommunisten *und* die sowjetischen Panzer müssen verschwinden. Das Geschäft ist unteilbar, weil sich Kommunisten ohne Panzer und Panzer ohne Kommunisten nicht halten würden. Was bedeutet diese Forderung für die Sowjets?

Die SED preisgeben, hieße in russischen Augen, den Sieg über Hitler nachträglich zu verschenken (etwa so, als hätte man von den Hohenzollern 1913 verlangt, sie sollten der »Einkreisung« entgehen, indem sie das als Militärkolonie behandelte Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückgäben).

Würde Moskau seinen »zweiten deutschen Staat« opfern, so hätte es im Angesicht des Weltkommunismus auf seine Weltmachtstellung verzichtet und die Führungsrolle spektakulös, ohne Kampf, den Chinesen überlassen. Welcher Druck von seiten Chinas könnte so stark sein, daß man, um ihm zu entgehen, die Herrschaft unmittelbar an die Chinesen abtritt? Eher noch könnte Moskau den Chinesen einige Grenzprovinzen zedieren.

Dem Wortführer eines zwar verschwommenen, aber harten Kurses, dem Freiherrn von und zu Guttenberg, gelang in seinem soeben erschienenen Buch *Wenn der Westen will*

die Erkenntnis, China sei »wirtschaftlich und militärisch noch lange Zeit ein Koloß auf tönernen Füßen«. Machtpolitisch habe die Sowjet-Union von Peking nichts zu befürchten. Will Bonn also die Entwicklung in Mitteleuropa blockieren, bis Maos Reich auf strammen Waden steht?

Aber angenommen sogar, China werde die Sowjets schneller, nämlich in absehbarer Zeit, mit Furcht erfüllen: Könnte Moskau sich dann auch nur im Alptraum die Illusion gestatten, Ruhe an den Westgrenzen ließe sich erkaufen, indem man der DDR den Anschluß an die Bundesrepublik gestattet?

Wenn selbst katholisch-gesittete Europäer wie Paul Wilhelm Wenger heute schon an Höfers Stammtisch von dem Tag schwärmen, da die Russen von den Chinesen zur Rückgabe Lembergs an die Polen getrieben werden (worauf wir wieder Breslau und Königsberg in Besitz nehmen könnten); wenn ein manierlicher CSU-Mann wie der Baron zu Guttenberg heute schon und immer noch der deutschen Politik das Ziel setzt, »auch die Freiheit des Nachbarn wiederherzustellen« und die totalitäre Zwangsherrschaft über 100 Millionen Europäer »unblutig« zu beenden: dann können die Sowjets sehr wohl ahnen, wie die Ruhe an ihren Westgrenzen aussähe, die sie in Not durch Verkauf der DDR erkauft zu haben meinten. Und daß sie ohne Not kapitulieren könnten, wird wohl weder von Wenger noch von Guttenberg noch von den Verantwortlichen in Bonn für möglich gehalten.

Der süddeutsche Baron versichert, »kein Pole würde – eingedenk seiner eigenen nationalen Geschichte – ernsthaft daran glauben, daß eine deutsche Regierung wirklich und dauerhaft auf ein Drittel des deutschen Gebietes Verzicht geleistet hätte«. Wenn das stimmt, und vielleicht stimmt es derzeit und noch recht lange, dann ist die Existenz der DDR überzeugend gerechtfertigt, derzeit und noch recht lange. Ohne sie würde das alte Spiel – Polen aus Breslau raus, Russen aus Lemberg raus – neu beginnen, diesmal im Vertrauen auf den recht fernen Achsenpartner China.

Sowjet-Rußlands hauptsächlichste Kriegserrungenschaft ist der Kordon russlandfreundlicher Staaten in Europas Pufferzone. Wären diese nicht mehr kommunistisch, würden sie, jedenfalls für absehbare Zeit, kaum davon abzubringen sein,

sich sowjetfeindlich zu entfalten. Wie Hitler 1939 den Obersten Beck einlud, sich an Sowjet-Rußland schadlos zu halten, so würde jede nichtkommunistische deutsche Regierung versucht sein, sich mit einem nichtkommunistischen Polen auf Kosten sowjetischen Territoriums zu verständigen.

Der Eckstein der gesamten östlichen Grenzregelung heißt DDR. Ganz Osteuropa käme ins Rutschen, wenn ihr kommunistisches Regime unter Druck und ohne wechselseitige Sicherungen preisgegeben würde. Das Verhalten der Sowjets zeigt, wie sehr sie dieser Situation eingedenkt sind.

Sie von ihrem Standpunkt handeln richtig, an den Nachkriegsgrenzen bei Strafe des Atomkriegs nicht rütteln zu lassen. Wenn wir die Grenzen von 1937 »mit allen politischen Mitteln« erstreben, wird man uns mit Grund verdächtigen, militärischer Druck sei, wie überall auf der Welt, auch und gerade bei uns ein Mittel der Politik.

Der Streit um das Wort »Revanchismus« ist ein Wortstreit. Auch 1913 war ja Frankreich nicht gesonnen, um der Revanche und um Elsaß-Lothringens willen einen Krieg zu entfesseln. Es wollte Gebiete zurückhaben, deren Bevölkerung nicht bei Deutschland bleiben mochte. Jeder wußte, daß ohne Krieg eine Rückkehr Elsaß-Lothringens unmöglich war. Also wurde der Anspruch verschwiegen und verdrängt.

Die Parteien des Bundestags fordern derzeit ohne Ausnahme, polnisch besiedeltes Gebiet müsse zu Deutschland zurückkehren; ob bis zu den Grenzen von 1937, darüber sind nicht alle Erklärungen so bestimmt wie die des christlichen Fraktionsführers Barzel und die der CSU. Die Parteien fordern weiter, daß die Sudetendeutschen ausnahmslos in ihre Heimat zurückkehren dürfen.

Wieder ist augenscheinlich, daß der Anspruch ohne Krieg nicht verwirklicht werden kann. Diesmal aber wird er nicht verschwiegen, sondern bekommt das Beiwort »unblutig«. Verdrängt wird das Wissen, daß eine »unblutige« Erfüllung dieser Ansprüche unmöglich sein wird. »Nur Narren können annehmen, daß das deutsche Volk seine östlichen Provinzen abschreiben wird«, meint Hans-Georg von Studnitz in seinem neuesten Buch *Bismarck in Bonn*. Wenn das stimmt, muß die DDR bestehen bleiben.